

AUSGABE VOM 24. JUNI 2016

## Bundestagswahl 2017 - Aufstellungsversammlung im Wahlkreis Köln I

Die Bundestagswahl im Herbst 2017 wirft ihre Schatten voraus, auch in unserem Wahlkreis, den Karsten Möring seit 2013 für die CDU in Berlin vertritt. Startschuss ist die Aufstellung des Direktkandidaten für die Bundestagswahl am **Montag, den 4. Juli 2016 um 19:30 Uhr im Rathaussaal des Bezirksrathauses in Köln-Porz**. Wahlberechtigt sind alle CDU-Mitglieder mit Hauptwohnsitz im Wahlkreis, gleichgültig in welchem Ortsverband sie Mitglied sind.

Zu Beginn spricht **Wolfgang Bosbach MdB**, einer der profiliertesten deutschen Innenpolitiker, über aktuellen bundespolitischen Themen. Auch interessierte Bürgerinnen und Bürger, die nicht Mitglieder der CDU sind, sind dazu herzlich eingeladen.

## Neues Fracking-Gesetz schützt Gesundheit und Trinkwasser

In dieser Woche konnte in der Koalition Einigung zu den offenen Punkten bei der Nutzung der Frackingtechnologie zur Gas- und Ölförderung erreicht werden. Der Bundestag hat am Freitag dem stark modifizierten Gesetzespaket abschließend zugestimmt. Fracking bei Schiefer- und Kohleflözgas wird in Deutschland unbefristet verboten. Möglich sind lediglich bis zu vier wissenschaftlich begleitete Erprobungsmaßnahmen, die unter strengsten Umweltaforderungen erfolgen und von den jeweiligen Bundesländern genehmigt werden müssen. Wo, wann und ob Erprobungsmaßnahmen überhaupt stattfinden, ist derzeit offen.



Guter Abschluss nach jahrelangem Ringen: MdB Karsten Möring zieht [in seiner Rede](#) eine positive Bilanz. Die CDU steht für ein Fracking-Verbot in NRW.

Der Bundestag könnte im Jahr 2021 dieses Verbot aufheben oder modifizieren, sofern Erkenntnisse aus der Erprobung das zuließen.

Das seit einem halben Jahrhundert in Deutschland erprobte Fracking in den normalen Lagerstätten, wird durch erheblich verschärfte Bedingungen eingeschränkt. So darf nur ungiftige Fracflüssigkeit verwandt werden, die aus der Bohrung zurückgewonnen werden muss. Und im Einzugsbereich von Trinkwassergewinnung, von Heilquellen

und anderen Brunnen sowie in Naturschutzgebieten ist Fracking künftig vollständig ausgeschlossen. Belastetes Lagerstättenwasser, das bei der Förderung aus großer Tiefe anfällt, wird, darf nur noch in die geologischen Formationen versenkt werden, aus denen es ursprünglich gekommen ist. Eine oberflächennahe Versenkung wie bisher ist zukünftig ausgeschlossen.

### Kein Fracking in Nordrhein-Westfalen

CDU-NRW-Landeschef Armin Laschet, hatte für diese Lösung geworben, wonach ein Land Probebohrungen nach Schiefergas auf seinem Gebiet untersagen kann. Damit werden in NRW auch keine Probebohrungen stattfinden. Die NRW-Abgeordneten unterstützen ihn in dieser Haltung, so dass sich auch die gesamte CDU/CSU-Fraktion anschloss. „Wer hier noch von einem Fracking-Erlaubnisgesetz redet, verdreht mutwillig die Tatsachen. Mit dem neuen Gesetzespaket haben wir den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt und eine gesetzliche Regelung geschaffen, die dem Schutz von Trinkwasser und der Gesundheit absoluten Vorrang einräumt“, so MdB Möring, der Armin Laschet für seinen Einsatz dankte.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

viele Parteifreunde aber auch Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis haben mich in den letzten Wochen ermuntert, bei der Bundestagswahl im September 2017 erneut anzutreten. Das hat mich sehr gefreut und ermuntert!



Ich werde erneut kandidieren. Mein Ziel ist, den Wahlkreis Köln I zu gewinnen. 2013 fehlten 400 Stimmen um das Direktmandat zu erobern. Das können wir, das werden wir diesmal gemeinsam schaffen!

Sicherheit, Wohlstand, ein gutes und bezahlbares Wohnraumangebot sowie eine umweltverträgliche Infrastruktur und eine gesunde Umwelt für die Menschen in Köln – das habe ich mir auf die Fahnen geschrieben. Diese großen Herausforderungen werden wir nur mit einem klaren Kurs meistern.

Deshalb wird es insbesondere in den bewegten Zeiten von Flüchtlingskrise, Brexit-Beschluss und latenter Terrorgefahr auf eine starke Union unter einer starken Führung ankommen. Wir werden diese Probleme Schritt für Schritt meistern - mit der erfahrendsten Regierungschefin Europas, Angela Merkel. Wir wollen weiter erfolgreich Politik gestalten, wir wollen weiter für Wohlstand und Sicherheit sorgen, eine Politik die gut ist für die Menschen in Köln, in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa.

Mit Ihrer aller Unterstützung möchte ich daran auch künftig mit aller Kraft weiterarbeiten. Dafür bitte ich um Ihre Hilfe und um Ihr Vertrauen.

Herzlichst

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

## NATO-Kritik von SPD unverständlich

Die EU-Mitgliedstaaten haben in dieser Woche zu Recht einstimmig beschlossen, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland um sechs Monate zu verlängern. In der Außenpolitik gelte es Kurs zu halten, so der Appell von Fraktionschef Kauder. Unmut gab es über die NATO-kritischen Äußerungen von Außenminister Steinmeier (SPD) und vom Russlandbeauftragten der Bundesregierung, Erler (SPD). Steinmeiers Warnung vor dem Säbelrasseln der Nato gegenüber Russland sei unglaubwürdig, da er als Außenminister an den Beschlüssen über die Sanktionen und die Manöver beteiligt gewesen sei, so MdB Norbert Röttgen (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Sie ist außerdem völlig unangemessen angesichts der russischen Großmanöver an der Grenze der baltischen Staaten und der Kraftprotzerei russischer Flieger über der Ostsee.

Eine Teilnahme von Bundeswehrsoldaten am NATO-Manöver in Polen war bisher gemeinsame Position der Bundesregierung. Gerade Deutschland dürfe seine Partner in Europa und in der NATO nicht irritieren. Es ist und bleibt Tatsache: Russland hat die Krim völkerrechtswidrig annektiert, destabilisiert nach wie vor den Osten der Ukraine und hat das Minsker Abkommen bislang nicht umgesetzt. „Wir brauchen eine klare außenpolitische Linie gegenüber Russland. Die Union steht für eine Politik der NATO, die zugleich auf Verteidigungsbereitschaft und Dialog aufbaut. Aber der politische Ansatz ist uns wichtiger, denn wir wollen politische Lösungen“, so MdB Möring.

## EEG wird auf Ausschreibungen umgestellt

In dieser Woche diskutierte der Bundestag in erster Lesung das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Es soll das Fördersystem schrittweise marktwirtschaftlicher gestalten. Der Bau neuer Windkraft-, Photovoltaik- und Biomasseanlagen wird künftig ausgeschrieben, damit die Subventionen für diese erneuerbaren Energien im Wettbewerb ermittelt werden können. Damit kommt derjenige Anbieter zum Zug, der mit den geringsten Zuschüssen auskommt. So werden die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien gesenkt, Kosten, die durch Umlage auf den Strompreis jeden Stromkunden finanziell belasten.

Anlagen unter 750 Kilowatt Leistung bleiben von der Umstellung ausgenommen, ebenso Biomasseanlagen unter 150 Kilowatt sowie Wasserkraft und Geothermie. An dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Anteil von 40 bis 45 Prozent erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2025 wird festgehalten. „Mit einem begrenzten jährlichen Zubau, differenziert nach Technologien, soll dieses Ziel erreicht werden. Gleichzeitig bremsen wir den übermäßigen aber weniger effektiven Ausbau von Windenergie an Land“, resümiert der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring und zeigt sich zufrieden mit dem neuen Gesetzentwurf.

## Bundesverkehrswegeplan – Kölner Projekte im Fokus



Eine neue Rheinbrücke zwischen Wesseling und Niederkassel für Autos und Bahn ist nach Auffassung der Region Köln unbedingt erforderlich. Dies hat der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring, stellv. Mitglied im Bundestagsverkehrsausschuss, bei einem Treffen gegenüber Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) in Berlin bekräftigt. Möring bat den Minister um Unterstützung für die Berücksichtigung einer Schienentrasse auf der Brücke, die bisher nicht in die Bewertung eingegangen ist. (Foto: privat)

## Polen-Nachbarschaftsvertrag und Vertriebenencharta

Anlässlich einer Gedenkstunde in Berlin zu Flucht und Vertreibung hat Bundestagspräsident Lammert den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag und die Charta der deutschen Heimatvertriebenen als Meilensteine der deutsch-polnischen und der europäischen Verständigungsarchitektur gewürdigt. Lammert bezeichnete die 1950 unterzeichnete Charta während der Gedenkstunde als „eines der Gründungsdokumente der Bundesrepublik Deutschland“.

Die Entschließung der Koalitionsfraktionen im Bundestag zur deutsch-polnischen Nachbarschaft und zu den Errungenschaften des Nachbarschaftsvertrages setzt ein deutliches Zeichen. Sie würdigt auch die Versöhnungsleistung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. „Ich bedauere, dass dies nicht fraktionsübergreifend gelungen ist, weil Bündnis 90/Die Grünen das Menschenrecht auf die Heimat offenbar Opfern von Flucht und Vertreibung gestern und heute nicht zuerkennt. Diese moralische Überheblichkeit gegenüber den Betroffenen finde ich verwerflich“, so MdB Karsten Möring.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 11/2016 vom 24. Juni 2016

Herausgeber:  
Bundestagsbüro Karsten Möring  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227-77611

Email:  
karsten.moering@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P.:  
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/  
Dr. Jürgen Reuter